

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Trassenführung der B6n – nur in der Variante Untertunnelung planen und bauen

Aktuell befindet sich der neue Bundesverkehrswegeplan im Beteiligungsverfahren. Der Bundesverkehrswegeplan sieht in der Entwurfsfassung vor, dass zwei einstimmige Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 11.05.2011 und 18.10.2012 in Bezug auf die Trassenführung der B6n ignoriert und ihr Gegenteil verkehrt werden: Anstatt für die Trassenführung der B6n eine Untertunnelung des Flughafens in Richtung Brinkum zu realisieren, ist eine Umfahrung des Flughafens in östlicher Richtung durch Wohn- und Kleingartengebiete vorgesehen. Diese Variante war unter langer Bürgerbeteiligung und durch zwei Beschlüsse des Parlaments eindeutig abgelehnt worden, die vom Bund geplante Umfahrung widerspricht außerdem den Aussagen des Verkehrsentwicklungsplanes 2025.

Deshalb ist es sinnvoll und offenbar notwendig, gegenüber dem Bundesverkehrsministerium die vorherigen Beschlüsse der Bürgerschaft nachdrücklich zu bekräftigen und eine Änderung des Flächennutzungsplans zur Umsetzung der Umfahrungsvariante auch für die Zukunft ausdrücklich abzulehnen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft spricht sich dafür aus, dass die Bundesstraße 6 neu (B 6n) nur in der Bremer Vorzugsvariante mit einem Tunnel unter der Start- und Landebahn des Flughafens hindurch gebaut und bei Brinkum an die Autobahn angeschlossen werden soll, also in der Form, wie sie der Runde Tisch zur B 6n in 2009 gemeinsam beschlossen und wie der Runde Tisch zum Bauabschnitt 2/2 sie im April 2011 bestätigt hat. Die Bürgerschaft fordert zudem, dass die Verknüpfung des Bauabschnitts 2/2 und der B 6n auf dem ehemaligen Gelände der Firma Hornbach erfolgen soll.
2. Eine Umfahrung des Flughafengeländes in östlicher Richtung, nahe der Wolfskuhlensiedlung, wie sie der Bund aus Kostengründen in Betracht zieht, lehnt die Bürgerschaft ab. Eine Änderung des Flächennutzungsplans für eine Umfahrung der Landebahn und Trassenführung unmittelbar in der Nähe des Wohn- und Kleingartengebietes Wolfskuhle lehnt die Bürgerschaft (Landtag) ausdrücklich ab.
3. Die Bürgerschaft fordert daher den Senat auf, sicherzustellen, dass nur diese Bremer Vorzugsvariante der B 6n in der von der Bürgerschaft gewünschten Form

geplant wird und sich für eine Einstufung der B 6n als vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan einzusetzen.

Klaus-Rainer Rupp, Peter Erlanson, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.